

beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

VIII. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
11. bis 13. Mai 2023

Acht Paragraphen für verbindlichen Klimaschutz

Landessynode begrüßt vorgelegten Gesetzentwurf

„Wenn wir nicht jetzt handeln, wird die Agenda 2030 ein Nachruf für eine Welt sein, die hätte sein können.“ Mit diesem Zitat aus einer Brandrede des UN-Generalsekretärs António Guterres eröffnete Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes, ihre Rede zur Einbringung des Entwurfs für ein landeskirchliches Klimaschutzgesetz. In Aktenstück Nr. 33 C führt dieser Entwurf in acht schlanken Paragraphen aus, wie kirchlich verursachte Treibhausgasemissionen verbindlich und schnell gesenkt und kirchliches Verhalten dadurch nachhaltig gestaltet werden sollen.

Im Mai 2022 hatte die Landessynode den Startschuss für die Entwicklung eines verbindlichen Klimaschutzgesetzes gegeben. Sie richtete einen Scopingausschuss ein, der ein Partizipationsverfahren organisierte. In dessen Verlauf wurden sechs digitale Konferenzen in den Sprengeln durchgeführt. Beteiligt an diesen Konferenzen waren neben Superintendent*innen, Regionalbischöf*innen und Amtsleitungen insbesondere zahlreiche ehrenamtlich Tätige; ihnen allen zollte Springer Anerkennung: Durch gute Vorbereitung und hohes Engagement seien in den Konferenzen Ergebnisse erzielt worden, „die tatsächlich zu verbindlichem Klimaschutz in der Landeskirche führen werden, wenn sie umgesetzt werden.“

Reinhard Benhöfer, Referent für Umwelt- und Klimaschutz im Haus kirchlicher Dienste in Hannover, stellte der Landessynode Details des Gesetzentwurfes vor. Die Bestandsdaten-



Die Landessynode begrüßte den im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens innerhalb eines Jahres erarbeiteten Gesetzentwurf.

erfassung sowie kontinuierliches Monitoring und Controlling seien wesentliche Bedingungen für den effizienten Einsatz aller Ressourcen, so Benhöfer; darüber hinaus brauche es ein funktionierendes Gebäudemanagement inklusive einer Gebäudebedarfsplanung auf Kirchenkreisebene.

Weiter sieht der Gesetzentwurf den offensiven Einsatz von Photovoltaik vor, die Stärkung der Biodiversität auf kirchlichen Grundstücken mit Blick auf die Folgen des Klimawandels sowie die digitale Datenerhebung und -verarbeitung, etwa mithilfe des Grünen Datenkontos. *Weiter auf Seite 2*

Aus dem Inhalt

Landeskirche justiert Zukunftsplanung neu	Seite 2
Nicht Wiederbelebung sondern Umgestaltung	Seite 5
Zukunft für evangelische Kitas	Seite 7



EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS

„Es braucht Zielvorgaben und festgelegte Maßnahmen“ Klimaschutzgesetz soll am 1. Januar 2024 in Kraft treten

Fortsetzung von Seite 1

„Für gelingenden Klimaschutz auf allen Ebenen bedarf es klarer Zielvorgaben und festgelegter Maßnahmen“, betonte Benhöfer. Zum Glück sei die Landeskirche in der Lage, auch 2023/24 wieder Sondermittel für Energiesparinvestitionen auszuschiütten; das Gleiche gelte für die Förderung neuer Heizungsanlagen mit erneuerbaren Energieträgern. Einen Schwerpunkt des Gesetzentwurfes sieht der Klimaschutzreferent im strategischen Vorgehen: So sollen Managementsysteme von der Wirtschaft abgeschaut werden; die Landeskirche werde dafür Mustervorlagen zur Verfügung stellen. Die inhaltlichen Vorgaben seien allerdings dezentral und ortsangepasst zu erarbeiten; die Landeskirche werde zur Unterstützung Beratungskapazitäten aufbauen.

„Wenn wir ab 2024 bei neuen Hei-

zungen nicht auf fossile Energieträger verzichten, müssen wir uns fragen lassen, warum andere Landeskirchen das hinbekommen, wir aber nicht“, schloss Benhöfer. „Wenn wir zu Verhaltensänderungen bereit sind, bekommen wir das in jedem Fall hin.“

In der Aussprache dankte Dr. Bettina Siegmund (Sprengel Ostfriesland-Ems), Vorsitzende des Umwelt- und Bauausschusses, für die schnelle Umsetzung des geforderten Partizipationsprozesses – dies zeige, dass gut organisierte Beteiligung die Prozesse nicht aufhalte. Ihrem Antrag, den Entwurf des Aktenstückes Nr. 33 C einschließlich der Wortbeiträge der Debatte federführend dem Umwelt- und Bauausschuss sowie Rechts- und Finanzausschuss zu überweisen, schloss sich die Landessynode an. Bis zum 15. September 2023 sollen die Ausschüsse dem Umwelt- und Bauausschuss berichten.

Gabriele Furche (Stade) betonte die Alternativlosigkeit eines Klimaschutzgesetzes ebenso wie Sebastian Kühl (Hannover), der sich noch mehr Mut zum Handeln wünschte. Ulf Thiele (Ostfriesland-Ems) dagegen äußerte Zweifel am geforderten Tempo: Es mangle in der Kirche ebenso wie außerhalb an fachlicher Expertise, zudem würde die Bereitschaft zum Mitmachen in den Kirchenkreisen bei einer Überforderung sinken.

Aufgrund der Dringlichkeit habe sich das Landeskirchenamt dafür entschieden, den Entwurf in die Landessynode einzubringen, bevor die zugehörigen Rechtsverordnungen fertig seien, erklärte Springer. Sie wünsche sich, dass die Ausschüsse intensiv daran mitarbeiten, damit die Landessynode das Klimaschutzgesetz im kommenden November beschließen könne. Geplant ist, dass das Gesetz zum 1. Januar 2024 in Kraft tritt.

Landeskirche justiert ihre Zukunftsplanung neu Engagierte und kontroverse Diskussion in der Landessynode

Ein Jahr nach dem Startschuss zu einem breit angelegten Zukunftsprozess stellte die Landessynode jetzt die Weichen für ihre Zukunftsplanungen neu. Die

Synodale Christine Rinne (Hannover) und Regionalbischof Friedrich Selter (Osnabrück) brachten dazu als Vorsitzende des Koordinierungsrates (KoRa)

für den Zukunftsprozess das Aktenstück Nr. 25 D ein.

Rinne blickte zunächst auf die Entstehungsgeschichte des Zukunftsprozesses zurück, die im Herbst 2020 mit einem entsprechenden Votum der Landessynode begonnen hatte. Als Ziel des Prozesses

sei benannt worden, das Evangelium auch mit immer knapper werdenden Ressourcen so zu verkündigen, „dass es Menschen in ihren künftigen veränderten und vielfältigen Lebensbedingungen erreicht und bewegt.“ Ein Schwerpunkt des Prozesses lag dabei bislang auf einer möglichst breit angelegten Partizipation mittels einer digitalen Plattform. Ebenfalls vorgesehene analoge Formate fanden bisher kaum statt; die digital organisierte Beteiligung erbrachte nicht die erhoffte Resonanz. Nach einer kontrovers und engagiert geführten Debatte entschied sich die Landessynode daher mit knapper Mehrheit für eine Neujustierung der Zukunftsplanungen. *Weiter auf Seite 3*



Christine Rinne und Friedrich Selter, Vorsitzende des Koordinierungsrates, verfolgen die Debatte um den Zukunftsprozess.

Entscheidende Kompetenzen für die Zukunftsaufgaben

Entwurf zum Diakoninnengesetz trifft auf viel Zustimmung

Ein neues Kirchengesetz soll nach dem Vorbild vieler anderer Landeskirchen alle Regelungen zum Dienst der Diakon*innen an einer Stelle zusammenfassen – das erklärte Dr. Rainer Mainusch in seiner Einbringungsrede zum entsprechenden Gesetzentwurf. „Wir wenden uns damit bewusst an eine Berufsgruppe, die für so entscheidende Zukunftsaufgaben wie die sozialraumorientierte Arbeit unserer Landeskirche, die religionspädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und die Begleitung ehrenamtlich Tätiger entscheidende Kompetenzen mitbringt“, so der juristische Vizepräsident des Landeskirchenamtes. Das Gesetz sei ein wichtiger Baustein, um die Attraktivität der Kirche als Arbeitgeberin zu stärken und damit dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Fünf Kernpunkte stünden im Zentrum des Gesetzes, erläuterte Mainusch:

die klare Beschreibung des Berufsbildes und der damit verbundenen Kompetenzen; die transparente Regelung der Anstellungsverhältnisse, die auch Quereinstiege klar regelt; verlässliche und zugleich flexible Anstellungsbedingungen durch die Anstellung bei der Landeskirche; die Möglichkeit der Anstellung in diakonischen Einrichtungen der Landeskirche und die Beauftragung mit dem Amt der öffentlichen Verkündigung in Wort und Sakrament.

Knapp 400 Stellungnahmen waren im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zwischen Oktober 2022 und März 2023 im Landeskirchenamt eingegangen; viele Inhalte daraus flossen in den Gesetzentwurf ein. „Ich freu mich mega“, kommentierte Nina Hollung (Lüneburg). „Der Gesetzentwurf enthält Dinge, die wir schon vor 20 Jahren diskutiert haben.“ Es sei ein gutes Ge-

setz, betonte auch Daniel Aldag (Ostfriesland-Ems) und regte an, nicht mit allen bereits beschäftigten Diakon*innen Aufhebungs- und Neuverträge zu schließen, sondern sie per gesetzlicher Regelung in die Anstellungsträgerschaft der Landeskirche zu übernehmen.

Die Landessynode überwies den Gesetzentwurf (Aktenstück Nr. 77) und die Redebeiträge zur weiteren Beratung in den Ausschuss für kirchliche Mitarbeit sowie den Rechts- und den Finanzausschuss. Mit Zustimmung der Landessynode im kommenden November könnte das Gesetz zum 1. Januar 2024 in Kraft treten.

Mainusch schloss seine Rede mit einem besonderen Dank an Inga Rohoff, die als zuständige Referentin in der Personalabteilung des Landeskirchenamtes schnell zur Seele des Gesetzgebungsprozesses geworden sei.

Initiativen sollen fortgeführt werden

Fortsetzung von Seite 2

„Nicht verloren gehen sollen die Potenziale und Ergebnisse, die im bisherigen Prozessverlauf herausgebildet wurden“, betonten Rinne und Selter. „Sie sollen in der einen oder anderen Form weiter nutzbar und fruchtbar werden.“ Essenziell sei es darüber hinaus, weiterhin Experimentierräume mit großer Freiheit zur Verfügung zu stellen.

Initiativen, die innerhalb des Prozesses entstanden sind, sollen fortgeführt und weiterhin begleitet werden; zudem sollen sie mit weiteren Reformprozessen auf Ebene der Landeskirche – etwa zur kirchlichen Verwaltung oder zur Zukunft kirchlicher Berufe, künftig stärker verzahnt werden. Gleiches gilt auch für bereits laufende Zukunftsprozesse und -projekte von Kirchenkreisen und -gemeinden sowie kirchlichen Einrichtungen.

Im Beschluss der Landessynode heißt es auf Antrag von Ruben Grüssing (Ost-

friesland-Ems) weiter, dass der Koordinierungsrat, der mit Vertreter*innen der kirchenleitenden Gremien besetzt ist, ein Konzept zur Überführung des Zukunftsprozesses in eine andere Organisationsform entwickeln soll.

In der vorangegangenen Debatte wünschte sich Dr. Johannes Keymling (Hannover) vor einer Entscheidung über den Zukunftsprozess weitere Informationen zu dessen bisherigen Ergebnissen; Maïke Selmayr (Stade) forderte mehr Zeit für eine Beurteilung sowie eine Überprüfung der Beteiligungsformate. Andere Synodale forderten, Konsequenzen aus der relativ geringen Beteiligung zu ziehen und u.a. zu prüfen, ob die Fokussierung auf einen digitalen Beteiligungsprozess richtig sei.

Der Koordinierungsrat wurde von der Landessynode gebeten, dem Landessynodalausschuss, der zwischen den Tagungen die Aufgaben der Landessynode wahrnimmt, zu berichten.

Schwarmintelligenz

Auf 55 Seiten hält das Aktenstück Nr. 34 D Ablauf und Ergebnisse der Planungsprozesse in den Kirchenkreisen für den Planungszeitraum bis 2028 fest. Dr. Rainer Mainusch, juristischer Vizepräsident im Landeskirchenamt, hob bei der Einbringung die enorme Gestaltungsleistung hervor, die die Kirchenkreise in den Prozess investiert hätten. Er regte an, die Kirchenkreise darin zu unterstützen, die Auswirkungen ihres Leitungshandelns kontinuierlich zu überprüfen und ihnen wirksame Instrumente zur Umsetzung von Entscheidungen an die Hand zu geben. Weiter habe es große Bedeutung, das Ehrenamt zu stärken, etwa durch die Entwicklung eines Ehrenamtsgesetzes.

Ans Ende seiner Rede stellte Mainusch einen Dank an alle, die an den Konzepten mitgearbeitet hatten: „Diese sind eine Fundgrube an Ideen und ein Dokument der Schwarmintelligenz in unserer Landeskirche.“

Plädoyer wider die Schnappatmung

Tätigkeitsbericht des LSA thematisiert Finanzen und Kommunikation

Immer mehr Anforderungen in immer kürzerer Zeit, daraus resultierende Kurzatmigkeit bis hin zur Schnappatmung: Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen), Vorsitzender des Landessynodalausschusses (LSA), richtete zu Beginn seines Berichtes vor der Landessynode einen kritischen Blick auf aktuelle gesellschaftliche Symptome, denen sich auch die Kirche kaum entziehen könne. So seien bei den vier Kirchengesetzen, die in dieser Tagung der Landessynode eingebracht wurden, die Fristen zur Übermittlung an die Mitglieder nur knapp oder gar nicht eingehalten worden; so auch bei den Gesetzentwürfen, die mit Zustimmung des LSA im beschleunigten Verfahren beschlossen werden sollten. Surborg erinnerte in diesem Zusammenhang an die Verantwortung kirchlicher Leitungsgremien im Zusammenhang mit dem Privileg, eigene Gesetze erlassen zu dürfen.

Mit Blick auf den Jahresabschluss 2022, den der LSA gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten hatte, wies Surborg auf die deutlich enger werdenden kirchlichen Handlungsspielräume hin. Schon in der zweiten Hälfte der 2020er Jahre könne sich die finanzielle Situation schlechter entwickeln als prognostiziert; hinzu kämen weitere Risiken wie die Übernahme zusätzlicher Personalverpflichtungen auf Ebene der Landeskirche. „Gut, dass wir uns dieser Fragen annehmen“, betonte Surborg mit Blick auf den Querschnittsausschuss Finanzplanung, den die Landessynode im Herbst 2022 eingesetzt hatte. Dieser Ausschuss beschäftigt sich mit der landeskirchlichen Finanzplanung der kommenden Haushaltsjahre.

Einen weiteren Teil seiner Rede widmete Surborg dem Kloster Amelungsborn: Trotz intensiver Bemühungen sei es bislang nicht gelungen, eine zukunftsfähige Konzeption für die Einrichtung zu entwickeln. Im Spätsommer werde erstmals der von der Landessynode beschlossene Runde Tisch zusammenkommen und über die dann

vorliegenden Untersuchungen zur hannoverschen Klosterlandschaft und Vorschläge aus dem Konvent Amelungsborn beraten. Für die Sanierung der Heizungsanlage sei eine Summe von 600.000 Euro bewilligt worden; der Konvent könne sich nun um Drittmittel bemühen.

Surborg verwies auf die beiden anderen Klöster der Landeskirche: Das Kloster Loccum bei Nienburg stelle Räume für die Ausbildung angehender Pastorinnen und Pastoren zur Verfügung, und das Kloster Bursfelde bei Göttingen diene als Geistliches Zentrum. Die Landeskirche werde sich bemühen, einen solchen Zweck auch für das Kloster Amelungsborn zu finden. „Amelungsborn verfügt nicht über einen verfassungsrechtlichen Zweck oder Auftrag – ihn zu finden, wollen wir uns bemühen“, so Surborg.

Abschließend berichtete der LSA-Vorsitzende von der ersten Kommunikationstagung der kirchenleitenden Organe, die eine Verbesserung der Kommunikationswege zum Ziel hatte. Die Tagung habe mehr konkrete Verabredungen erbracht als zuvor erhofft; unter anderem die Entwicklung eines „Code of Conduct“, also eines Verhaltens- und Grundwertekodex für die Institution. Eine Arbeitsgruppe in der Evangelischen Medienarbeit (EMA) habe dazu bereits den Blick auf die E-Mail-Kommunikation gerichtet.

Im Anschluss an den LSA-Bericht bat die Landessynode das Landeskirchenamt auf Antrag von Bodo von Bodelschwingh (Osnabrück), eine Hand-



Plädoyer für einen langen Atem: Jörn Surborg stellte den Bericht des Landessynodalausschusses vor.

reichung zu erstellen, die Kirchengemeinden in die Lage versetzt, Transparenz zur Umsatzsteuer auf Aktivitäten von ehrenamtlich Mitarbeitenden zu erstellen. Gabriele Furche (Stade) erwiderte, die Kirchenämter seien bereits dabei, diese Dinge zu klären.

Kirchengesetze verabschiedet

Zwei Kirchengesetze beschloss die Landessynode in ihrer Frühjahrstagung: das Gesetz über die Bereinigung von Regelungen über Genehmigungsvorbehalte sowie das Gesetz zur elektronischen Kommunikation und Aktenführung bei den Kirchengewalten der Konföderation. Auch die Verordnung mit Gesetzeskraft zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Versorgungsbeziehende bestätigten die Synodalen.

In die Fachausschüsse überwiesen wurde der Gesetzentwurf zum geänderten Vertrag über die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen.

Nicht Wiederbelebung, sondern radikale Umgestaltung

Landesbischof regt selbstbestimmte Gestaltung und Selbst-Entlastung an

„Der Gottesdienst bleibt die substanzielle Ausdrucksform unserer Gemeinschaft“ – so formulierte Landesbischof Ralf Meister eine der zentralen Aussagen seines Berichtes vor der Landessynode. Ausgehend vom Krönungsgottesdienst für den englischen König Charles III, den er trotz aller Ambivalenz gebannt verfolgt habe, nahm Meister die Synodalen gedanklich mit zu seinen Besuchen in den Kirchengemeinden Afferde und Edesheim. Hier habe er die Kirche als wesentlich für die örtliche Gemeinschaft erlebt; gleichzeitig Gemeinden angetroffen, die aufgrund massiver Veränderungen „komplett unterwegs“ und schon seit langem dabei seien, sich auf die Zukunft auszurichten.

Dennoch: „Die Initiative, dass in allen Fusionsplänen und Verbindungen von Kirchengemeinden der Gottesdienst, in welcher Form auch immer, im Mittelpunkt stehen muss, nicht als ferne, sondern als schon jetzt bestehende und immer bleibende Verbindung zwischen uns, muss ins Zentrum rücken“, betonte Meister mit Blick auf den Hildesheimer Kongress „Quo vadis, Gottesdienst?“.

„Wir haben zu viel Geld, zu viele Gebäude, zu viele Strukturen, zu viele Gesetze und haben mit all diesen Dingen zu viel Last“ – auch diese kritische Bestandsaufnahme im Vergleich mit lutherischen Kirchen außerhalb Deutschlands äußerte der Landesbischof. Er mahnte an, Veränderung nicht in erster Linie als schmerzhaften Verlust zu begreifen, sondern Freude zu entwickeln darüber, dass sich so viel bewegt. „Zur Ostererfahrung der entstehenden Kirche gehört die Überraschung, dass die Auferstehung keine Wiederbelebung der Vergangenheit ist, sondern eine radikale Umgestaltung“, zitierte Meister den tschechischen Religionsphilosophen Tomáš Halík.

Unter dem Stichwort „Das Volk Gottes“ widmete Meister sich dem Festhalten der Kirche am Machbarkeitswahn und an den bestehenden Machtstrukturen. Dem stellte er die selbstbestimmte

Gestaltung von Inhalten, Ressourcen und Organisation als „Wesensmerkmal von Jugendverbänden“ gegenüber. Dazu gehöre es auch, theologische Einsichten auf ihre Relevanz für das eigene Leben zu befragen: An einer Theologie mit Relevanz könne neben kirchlichen Amtsträger*innen und dem akademischen Raum jede und jeder teilnehmen. Als erfreuliches Beispiel

für eine Entwicklung hin zu stärker partizipativem kirchlichen Handeln nannte Meister das zunehmende Interesse an ehrenamtlicher Verkündigung: Etwa 500 Prädikant*innen und 1.400 Lektor*innen sind aktuell in der Landeskirche beauftragt – Tendenz steigend, insbesondere bei jungen Menschen.

Parallel plädierte Meister dafür, den theologischen Begriff der Rechtfertigung ernst zu nehmen und als Entlastung zu begreifen: „Gemeinden müssen nicht zugleich nach innen verdichtend, nach außen eröffnend, kulturell hochwertig, spirituell tiefgründig, sozialpolitisch aktiv, nachhaltig, divers, diakonisch engagiert, sozialraumbezogen und allen Milieus gleichermaßen zugewandt sein. Sie können es nicht. Sie werden daran zu Grunde gehen.“

In der Aussprache zum Bischofsbericht fand ein Antrag von Marie Kleinhans (Hildesheim-Göttingen) die Zustimmung der Landessynode: Der Ausschuss für Theologie und Kirche wurde beauftragt zu beraten, wie vielfältige Gottesdienstformen in die Ausbildung von Lektor*innen und Prädikant*innen aufgenommen werden könnten. Kea Irmer (Ostfriesland-Ems) beklagte, dass die Ordnung der Evan-



Freude darüber, dass sich schon so viel bewegt: Landesbischof Ralf Meister vor der Landessynode.

gelischen Jugend noch immer vom Landeskirchenamt beschlossen werde. Jugend- und Rechtsausschuss sollen nun bis zum Herbst prüfen, wie ein selbstbestimmter Beschluss der Evangelischen Jugend ermöglicht werden kann. Nina Hollung (Lüneburg) regte ein Verfahren an, mit dem sichergestellt werden soll, dass Beschlüsse der Landessynode im Landeskirchenamt weiterverfolgt werden.

Kyrie und Hallelujas

Zwei Hallelujas und ein Kyrie stellte Ralf Meister ans Ende seines Berichtes: ein Kyrie für die Menschen, die in der Ukraine unter der Geißel des Krieges leiden; ein Halleluja für alle Pastor*innen im Ruhestand, die für mehrere Wochen oder auch Monate eine Stellvertretung in einer Kirchengemeinde übernehmen. In diesem Jahr habe es bereits 69 solcher Gastdienste gegeben.

Das zweite Halleluja des Landesbischofs ging an die „treuen Beterinnen und Beter“, die dafür sorgen, dass die Gebetstradition nicht abbricht. „Unsere Welt wird durch das Gebet zusammengehalten, daran glaube ich fest“, sagte der Landesbischof.

Vom Hamburger Flughafen abgeschaut

Neue Webseite der Landeskirche geht in den Probelauf

Sabine, Mirko und Alex haben sehr unterschiedliche Lebensentwürfe und Erwartungen an die Kirche; und doch sollen sie alle auf der neuen landeskirchlichen Webseite etwas finden, das sie anspricht und im besten Falle ihren Kontakt zur Kirche stärkt oder (neu) anbahnt. Dieses Ziel verfolgt die Evangelische Medienarbeit (EMA) mit ihrem Relaunch des landeskirchlichen Internetauftrittes, den Rebekka Neander

(Foto), stellvertretende Pressesprecherin der Landeskirche, vorstellte.

Sabine, Mirko und Alex sind sogenannte Personas – Prototypen für jeweils eine bestimmte Zielgruppe. Im Relaunch-Prozess dienten sie dazu, die Webseite so bedarfs- und serviceorientiert wie möglich zu gestalten und damit die Relevanz der Institution Kirche zu stärken. „Diese Seite differenziert nicht mehr zwischen externer und interner Kommunikation“, hob Neander hervor. Die Seite biete Themen und Service für diejenigen, die eher zufällig vorbeischaute ebenso wie für Kirchengemeinden, die auf der Suche nach Material seien.

„Aufbau und Bildsprache haben wir uns vom Hamburger Flughafen abgeschaut“, überraschte Neander die Synodalen; ent-

wickelt worden sei die neue Webseite zu 80 Prozent von Mitarbeitenden der EMA. Ziel war es dabei auch, Kirche als attraktive und vielfältige Arbeitgeberin zu zeigen und Redundanzen, etwa mit dem Haus kirchlicher Dienste, abzubauen.

Im Anschluss an die Tagung der Landessynode erhielten deren Mitglieder die Zugangsdaten zum Probetrieb der Seite; Mitte Juli soll sie live geschaltet werden. Ende dieses Jahres wird dann die „alte“ Seite vom Netz gehen.

„Die Klarheit der Seite macht mich glücklich“, dankte Ruben Grüssing (Ostfriesland-Ems) dem Team der Entwickler*innen. „Die Leute werden zukünftig das finden, was sie finden wollen.“

Die Webseite sei natürlich responsiv, werde also auf unterschiedlichen Endgeräten flexibel dargestellt, antwortete Neander auf die Frage von Wencke Breyer (Hannover). An der Responsivität werde auch weiterhin gearbeitet: Kein Textblock dürfe länger sein, als auf dem Bildschirm eines Smartphones dargestellt werden könne.



Verwaltung: schnelle Erfolge und dauerhafte Verankerung

In der Debatte zum Reformprozess „#Kirchenverwaltung2030“ hatte die Landessynode der Steuerungsgruppe dieses Prozesses mit auf den Weg gegeben, externe Begleitung einzubinden und neben der landeskirchlichen Ebene zügig auch die übrigen Handlungsebenen, also insbesondere Kirchenkreise und -gemeinden, in den Blick zu nehmen. Zur Umsetzung dieser Wünsche und zum Stand des Prozesses berichtete Dr. Stephanie Springer, Präsidentin des Landeskirchenamtes (LKA), der Landessynode. So sei die externe Begleitung für zunächst ein halbes Jahr an die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers vergeben worden. Weiter berichtete Springer von der Aufteilung der praktischen Arbeit

auf zwei Pfeiler: „Schnelle erste Erfolge“ sollen in sechs priorisierten Themenfeldern geschaffen werden; parallel dazu wird angestrebt, auf der landeskirchlichen Ebene Veränderungen strukturiert anzugehen und dauerhaft zu verankern. Vorrangig sei es dabei, Prozesse effizient und effektiv zu gestalten, die Strukturen an die Anforderungen anzupassen und das Aufgabenportfolio zu entrümpeln. „Auch die Förderung einer Haltung der Ermöglichung ist von großer Wichtigkeit“, so Springer.

Für die kommenden Monate sind fünf „Forschungsreisen“ zu nichtkirchlichen Institutionen geplant, um hier Inspiration und Best-Practice-Beispiele zu entdecken. Noch im Sommer sollen Steuerungsgruppe und Kolleg des Lan-

deskirchenamtes dann das Ziel des Reformprozesses und die Wege zu dessen Umsetzung beschließen; außerdem über Prioritäten, Ressourcen, den Zeitplan und die weitere Begleitung entscheiden.

Ruben Grüssing (Ostfriesland-Ems) stellte den eher theoretischen Ausführungen der LKA-Präsidentin die Praxis entgegen und fragte, wo die digitale Reisekostenabrechnung bleibe. Ann-Marie Reimann (Hannover) äußerte die Hoffnung, sich nach deren Einführung nicht mehr durch eine Vielzahl verschiedener Formulare arbeiten zu müssen und hakte auch an einem anderen Punkt nach: „Was ist aus meinem Antrag zur Erhöhung der Pauschale für Fahrradfahrten geworden?“

Große Möglichkeiten für die kirchliche Sozialisation

Landessynode berät über die Zukunftsfähigkeit evangelischer Kitas

Wie kann die Arbeit der evangelischen Kindertagesstätten so unterstützt werden, dass sie zukunftsfähig bleiben? Einen Auftrag zur Beratung dieser Frage hatte die Landessynode auf Antrag der Synodalen Ute Szameitat (Lüneburg) vor einem Jahr an Diakonieausschuss und Finanzausschuss erteilt. Als Ergebnis der Beratungen brachten die Vorsitzende des Diakonieausschusses Ines Trzaska (Hannover) und der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen) das Aktenstück Nr. 74 ein. In Niedersachsen seien 20 Prozent aller Kitas in evangelischer, meist übergemeindlicher Trägerschaft, erläuterte Trzaska; dies seien etwa 800 Einrichtungen, in denen 56.000 Kinder von mehr als 10.000 Erzieher*innen betreut werden.

Die Kindertagesstättenarbeit biete große Möglichkeiten für die frühkindliche religiöse Bildung und kirchliche Sozialisation, heißt es im Aktenstück. Sie könne dem Traditionsabbruch entgegenwirken und biete Kirchengemeinden vielfältige Chancen für eine gemeinwesenorientierte Gemeindegemeinschaft mit Kindern und Familien. So hätten sich rund 40 Kindertagesstätten in den vergangenen Jahren als Familienzentren zukunftsweisend weiterentwickelt.

Jährlich 26,7 Millionen Euro landeskirchlicher Mittel würden in den Kitas eingesetzt, erläuterte Creydt. Diese Gelder entfalten einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen: Mit jedem Euro Betriebskosten würden 3,40 Euro bis vier Euro für die öffentlichen Kassen erwirtschaftet.

Als problematisch für die Zukunftssicherung der Kindertagesstätten bewertet das Aktenstück mehrere Faktoren, insbesondere in der Ausbildung von Fachkräften: abnehmende Schüler*innenzahlen in ländlichen Regionen bei gleichzeitigen Wartelisten in den Städten, fehlende Lehrkräfte und Schulräume, die fehlende Landesförderung bei neuen Fachschulen. Schulgelder würden nicht mehr erhoben; allerdings fehle nach wie vor die Ausbildungsvergütung.

Die Landessynode stimmte mehreren Vorschlägen der beiden Ausschüsse zu, mit dem Ziel, die Finanzierung evangelischer Kitas zu sichern und die Ausbildungssituation für Fachkräfte

zu verbessern. Ebenfalls Zustimmung gab es für einen weiteren Antrag Szameitats, mit dem die Möglichkeiten zur Zahlung einer Ausbildungsvergütung und die Möglichkeit von Rentenbeiträgen während der Fachschulausbildung ausgelotet werden sollen.

Von einem Arbeitsfeld, „das enorm unter Druck steht“, sprach OLKR Hans-Joachim Lenke, Vorstandssprecher der Diakonie in Niedersachsen. Von einer Absenkung der Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung halte er aber nichts – auch weil so die Attraktivität des Berufsfeldes weiter vermindert werde.



Ines Trzaska informierte die Landessynode über die Situation an evangelischen Kindertagesstätten.

Querschnittsausschuss: Sparen ist nicht Selbstzweck

Während ihrer Herbsttagung 2022 hatte die Landessynode die Gründung eines „Querschnittsausschusses Finanzen“ beschlossen; nun legte Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen), Vorsitzender dieses Ausschusses, mit dem Aktenstück Nr. 76 einen ersten Bericht vor.

Zunächst habe der Ausschuss in den vergangenen Monaten daran gearbeitet, seinen Auftrag und die Vorgehensweise zu klären. So sei versucht worden, die größten Posten im Haushalt in den Blick zu nehmen und zu ermitteln, wo Steuerung am besten ansetzen soll-

te. Für den laufenden Planungszeitraum seien dabei schnelle Entscheidungen gefordert; für den folgenden eine strategische Planung. Schon im kommenden Jahr müssten anwendbare Leitlinien zur Finanzsteuerung entwickelt werden; für die 27. Landessynode brauche es dann eine Übergabedokumentation.

Der Ausschuss gehe davon aus, dass bis 2037 Einsparungen in Höhe eines Drittels des landeskirchlichen Haushaltes nötig werden, stellte Creydt fest. Bei allen Sparüberlegungen müssten den-

noch auch die Inhalte in den Blick genommen werden: „Die Finanzen sollten den Inhalten folgen, nicht umgekehrt“, so Creydt. „Sparen ist nötig, aber es ist nicht Selbstzweck – für eine sich entwickelnde Kirche muss es auch immer Spielraum für die nächsten Schritte geben.“

Die Synodalen nahmen den Bericht des Querschnittsausschusses zustimmend zur Kenntnis und beschlossen, dass der Ausschuss im Zuge der weiteren Arbeit weitere Beteiligte einbinden dürfe – auch ohne vorherige Befassung der Landessynode mit dem Thema.

„Fundraising ist Gemeindeaufbau“

Einem Auftrag der Landessynode aus dem Herbst 2022 folgend, legten Nina Hollung (Lüneburg) und die Ausschussvorsitzende Cordula Schmid-Waßmuth (Hannover) mit dem Aktenstück Nr. 73 einen Bericht des Öffentlichkeitsausschusses zu einem landeskirchlichen Fundraisingkonzept vor.

Fundraising bedeute das Aktivieren von Netzwerken, Beziehungspflege und Gemeindeaufbau, erläuterte Hollung. Sie wolle dafür Begeisterung wecken, weil Fundraising viel mehr sei als das Einwerben von Geld: „Es entsteht ein Sog, eine Strudelbildung, und Menschen werden wieder an die Gemeinde herangeführt.“

Schmid-Waßmuth gab der Landessynode Zahlen an die Hand: In 24 von 46 Kirchenkreisen in der Landeskirche gebe es Stellenanteile für das Fundraising; um alle anderen ebenfalls mit Stellenanteilen zwischen 0,5 und 1,0 auszustatten, sei in einem ersten Schritt eine Investition von einer Million Euro erforderlich. Perspektivisch sei das gut angelegte Geld: Es sei mit einem Erlös von bis zu 14 Millionen Euro zu rechnen.

Für den Öffentlichkeitsausschuss schlugen Hollung und Schmid-Waßmuth

der Landessynode vor, alle Kirchenkreise mit Fundraisingstellen auszustatten und alle Stelleninhaber*innen auf landeskirchlicher Ebene einzustellen. Zur Refinanzierung der Personalkosten solle ein Teil der eingeworbenen Spenden verwendet werden. „Wir sind uns bewusst, dass das ein Paradigmenwechsel ist“, stellte Schmid-Waßmuth fest. Bislang sei die Kirche die einzige Spenden sammelnde Organisation, bei der 100 Prozent der Spenden in die Projekte fließen.

In der Aussprache erklärte Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen), er habe Zweifel an der genannten Höhe der Erlöse und frage sich, ob es klug sei, den Kirchenkreisen in der Frage des Fundraisings Vorgaben zu machen. Ute Szameitat (Lüneburg) schloss sich dieser Kritik an und bemängelte zudem, dass das Aktenstück zu sehr den Ist-Zustand und zu wenig die nötige Entwicklung beschreibe.

Die Landessynode bat Planungs- und Finanzausschuss zu prüfen, inwieweit das zum Aktenstück Nr. 73 gehörige Fundraisingkonzept umgesetzt und finanziert werden könne.

Begrüßung und Abschied

Zwei neue Mitglieder konnte Präsident Dr. Matthias Kannengießer zum Auftakt der Frühjahrstagung in der Landessynode begrüßen. Für den ausgeschiedenen Henry Schwier (Lüneburg) rückte Birgit Thiemann, ebenfalls aus dem Sprengel Lüneburg, nach; auf Leonie Töpferwien (Osnabrück) folgte Reinhard Fanslau, auch er aus dem Sprengel Osnabrück. Mit herzlichen Glückwünschen begrüßte Kannengießer (Foto, rechts) die beiden „Neuen“ im Kirchenparlament.



Zum Ende der Tagung standen dann zwei Abschiede an: Mit einem Präsent

und guten Wünschen verabschiedete Kannengießer die Regionalbischöfe Dr. Detlef Klahr (Ostfriesland-Ems) und Dr. Stephan Schaede (Lüneburg), die zum letzten Mal an einer Sitzung der Landessynode teilgenommen hatten.

„Unglaubliche Präsenz“

Dr. Kerstin Gäfgen-Track, Bevollmächtigte der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, benannte in ihrem Bericht vor der Landessynode die Anwaltschaft für Menschen als wichtigen Teil der klassischen Lobbyarbeit, die die Konföderation im Kontakt mit der Politik und in der Öffentlichkeit leiste. Die Arbeit in der Konföderation erfordere einen hohen Koordinationsaufwand, an mancher Stelle fehle es an Expertise und es gebe Vorurteile unter den beteiligten Kirchen – „da ist noch Luft nach oben“, so die Oberlandeskirchenrätin. Dennoch: „Mit immer weniger Ressourcen Kirche für die Menschen zu bleiben, das können wir gemeinsam besser“, ist die Bevollmächtigte überzeugt.

In der Aussprache zum Bericht erklärte Johannes Klapper (Lüneburg), Mitglied im Rat der Konföderation, vor dieser liege noch eine Fülle von Aufgaben; z.B. bei der Ablösung der Staatsleistungen. Ulf Thiele (Ostfriesland-Ems) betonte, dass die Politik kirchliche Themen nur mit der Konföderation diskutieren könne. „Die starke Wahrnehmung der Kirche durch die Politik fußt auf der unglaublichen Präsenz von Kerstin Gäfgen-Track“, fasste Thiele das zusammen, was viele Synodale ebenfalls wahrnehmen.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers von der landeskirchlichen Pressestelle, Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse
Grafik und Satz: Andrea Hesse
Fotos: Jens Schulze
Druck: QUBUS media, Hannover



www.synode.landeskirche-hannovers.de